

PERSPEKTIVE

Zeitung für Solidarität und Widerstand

Mein Körper, doch wessen Entscheidung?

Warum Selbstbestimmung
heute nicht selbstverständlich ist



Ted Eytan creator QS-P170, Q116943179 (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2022.06.24_Roe_v_Wade_Overturned_-_SCOTUS,_Washington,_DC_USA_175_143324_(52169647607).jpg), „2022.06.24 Roe v Wade Overturned - SCOTUS, Washington, DC USA 175_143324 (52169647607)“, https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/legalcode

Monatlich gedruckt
& täglich unter:
perspektive-online.net

Die Wehrpflicht kommt – unser Widerstand auch!

Nach dem Ende der parlamentarischen Sommerpause soll das neue Wehrdienstgesetz von der Bundesregierung beschlossen werden. Der neuen Wehrpflicht einen Strich durch die Rechnung machen kann nur unser Widerstand.

> Seite 3

Geschacher um die Ukraine

Erneut kommt Bewegung in die Verhandlungen über einen Waffenstillstand in der Ukraine. Uneinig sind sich die Großmächte noch darüber, wie genau die Ukraine politisch, wirtschaftlich und territorial aufgeteilt werden soll.

> Seite 6

Gaza: Hungersnot als Kriegswaffe

Millionen Menschen hungern, Kinder leiden unter akuter Mangelernährung, die israelische Blockade zerstört landwirtschaftliche Flächen ein, während kaum Hilfsgüter hineingelangen - das alles ist Ergebnis systematischer Kriegsführung.

> Seite 7

Quantenphysik: Grundlage der modernen Welt?

Vor 100 Jahren entstand die Quantenphysik, die die Bewegung kleiner Objekte wie Lichtteilchen beschreibt. Sie bildet das Fundament der modernen Physik. Was sie genau über die Welt aussagt, ist noch immer umstritten. > Seite 8

Während am 28. September am Safe Abortion Day weltweit für die sichere Möglichkeit für Schwangerschaftsabbrüche protestiert wird, versuchen christliche Fundamentalist:innen seit einigen Jahren ebenfalls im September dagegen mobil zu machen. Gegen ihre Forderungen, die Rechte von Frauen und trans Personen noch weiter einzuschränken, hilft nur organisierter Widerstand. - Ein Kommentar von Nadia Schuhmann.

Jedes Jahr findet in Deutschland in verschiedenen Städten der sogenannte „Marsch für das Leben“ statt. Dabei handelt es sich um Demonstrationen von hauptsächlich christlichen Fundamentalist:innen bis zu rechten und faschistischen Personen und Gruppierungen, die gegen das Recht auf Abtreibung protestieren. Die Demonstrationen finden jährlich in Berlin und Köln, dieses Jahr am 20. September, und weiteren Städten wie München statt. Sie werden stets begleitet von großen Gegenprotesten oder Blockaden, angeführt von Frauen, die das Recht über ihre eigenen Körper zu entscheiden, verteidigen.

Aber nicht nur an diesem einen Tag im Jahr wird die Frage rund um Schwangerschaftsabbrüche und das Selbstbestimmungsrecht von Frauen zur Streitfrage. Sowohl international als auch in Deutschland haben sich die Debatten rund um das Thema erneut verschärft.

Bis heute nicht legal

Aktuell ist es in Deutschland so, dass Schwangerschaftsabbrüche nicht legal sind. Sie sind lediglich bis zur zwölften Woche straffrei, wenn die Frauen sich vorher nachweislich ärztlich beraten lassen und zwischen der Beratung und dem Abbruch min-

destens drei Tage liegen. Ausnahmen gelten, wenn die Schwangerschaft Folge einer Vergewaltigung ist oder medizinische Gründe vorliegen. Der Paragraph 218, der Schwangerschaftsabbrüche seit seiner Einführung 1871 unter Strafe stellt, wurde also nie abgeschafft, sondern im Jahr 1995 nur so weit reformiert, dass unter besagten Bedingungen keine strafrechtliche Verfolgung stattfindet.

Die Kämpfe für eine vollständige Streichung des Paragraphen und ein Recht auf Abtreibungen dauern dementsprechend seit seiner Einführung bis heute an.

Kampf gegen Aufrüstung vor der Haustür

Der deutsche Staat rüstet in hohem Tempo auf. Im Frühjahr dieses Jahres wurde nach der Bundestagswahl mit einer Grundgesetzänderung grenzenlose staatliche Militärausgaben, vorbei an der Schuldenbremse, ermöglicht. Große Aktionen zum Antikriegstag, das jährliche Rheinmetall-Entwaffnen-Camp oder die Ostermärsche

mobilisieren deutschlandweit immer noch Tausende. Doch der Kampf gegen Aufrüstung und Kriegstreiber muss überall und jeden Tag gekämpft werden. Landesweit gibt es immer mehr lokale Unternehmen, die von der Kriegsvorbereitung profitieren oder von Werbeaktionen, die die Bevölkerung auf den Kriegskurs einstimmen sollen. Den Militarismus

können wir also jeden Tag vor der eigenen Haustür bekämpfen. Und es gibt Beispiele, die uns zeigen, wie das in der Praxis aussehen kann.

> Seiten 4-5



Doch im Zuge des gesamtgesellschaftlichen Rechtsrucks wird das Recht auf Abtreibungen vermehrt in Frage gestellt.

Obwohl verschiedene Umfragen, z. B. vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend von 2024 zeigen, dass in der deutschen Bevölkerung insgesamt eine deutliche Mehrheit von 70 bis 80 Prozent die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen bis zur 12. Woche befürwortet, sind aktuell keine weiteren Reformen dahingehend absehbar.

Wer vertritt hier was?

Die faschistische AfD stellt sich klar gegen Schwangerschaftsabbrüche. Die CDU/CSU versucht ihre Ansichten zu dem Thema manchmal etwas weniger direkt zu formulieren, aber steht dem praktisch in nichts nach und stellte sich immer wieder gegen verschiedene Reformvorschläge. Die 1985 gegründete Initiative „Christdemokraten für das Leben“ (CDL) ist ein bundesweiter Zusammenschluss mit über 5000 Mitgliedern, der vor allem aus CDU/CSU Mitgliedern besteht, die sich klar gegen Schwangerschaftsabbrüche positionieren.

Aber nicht nur bei den führenden Politiker:innen sorgt das Thema immer wieder für Diskussionen. Vor allem bei einer Betrachtung der Bewegung über die Parlamente hinaus wird der Schulterschluss zwischen Konservativen und Faschist:innen in dieser Thematik deutlich.

In Deutschland gibt es seit mehreren Jahrzehnten die sogenannte „Lebensschutzbewegung“, die bundesweit verschiedenste Gruppen, Initiativen und einzelne Personen in sich vereint und auch jährlich den Marsch für das Leben organisiert, sowie viele weitere Aktionen zur Verbreitung von Propaganda gegen Abtreibungen. Viele der Gruppen, die Teil der Bewegung sind, sind christlich-fundamentalistische und konservative Verbände. Aber auch faschistische Organisationen finden sich immer häufiger unter den selbsternannten Lebensschützer:innen.

Dass ranghohe AfD-Mitglieder wie Beatrix von Storch beim Marsch für das Leben mitlaufen, ist seit Jahren nichts Neues mehr. Aber die Vernetzung geht deutlich tiefer als das bloße Mitlaufen. Die ganze „Lebensschutzbewegung“ hat stabile Verbindungen zur AfD. Und auch Organisationen wie die TFP, („Tradition, Familie, Privateigentum“) haben dort mittlerweile ihren festen Platz. Die stark religiöse und reaktionäre TFP hat ihre Wurzeln in Brasilien, heute gibt es sie in verschiedenen Ländern in Süd- und Nordamerika sowie in Europa. Dort verbreiten sie gezielt patriar-

chale und explizit anti-sozialistische Positionen und stehen für ein traditionelles Familienbild und Privateigentum ein. Aktionen und Kampagnen gegen Schwangerschaftsabbrüche gehören dabei zu ihren häufigsten Veranstaltungen.

Ein gemeinsames Anliegen

Dass gerade die Forderung nach dem Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen und damit der Entzug des Rechts auf körperliche Selbstbestimmung eines der Themen ist, wo Konservative und Faschist:innen zueinander finden, ist wenig überraschend. Denn es geht im Endeffekt um den Erhalt der bürgerlichen Kleinfamilie und ihre Rolle als Kern einer kapitalistischen und patriarchalen Gesellschaft und als Teil dessen auch darum, die Kontrolle über die Körper von Frauen weiter auszubauen.

Das Recht auf Abtreibungen ist nicht die einzige Reform, in der ein Angriff auf diese traditionelle Familieneinheit gesehen wird. Auch wenn es um die Anerkennung der Existenz von trans Personen geht und ihr Recht auf körperliche Selbstbestimmung, stehen Konservative und Faschist:innen Schulter an Schulter im gemeinsamen Versuch darin, ihnen beides zu verwehren. Wieder deutlich wurde das, als mit den Koalitionspapieren der neugebildeten Regierung verkündet wurde, das sogenannte Selbstbestimmungsgesetz, welches erst letztes Jahr in Kraft getreten ist und Reformen für die Änderung von Namen und Geschlechtseintrag für trans Personen beinhaltet, solle erneut geprüft werden. Relevant ist das auch, weil Angriffe auf die Selbstbestimmung von trans Menschen und Frauen häufig aufeinanderfolgend durchgeführt werden, wie es auch in den USA zu beobachten war, wo dem Verbot von Abtreibungen in verschiedenen Bundesstaaten auch Gesetze gegen trans Menschen vorausgingen.

Auch in Deutschland ist eine Verschärfung nicht nur in der Rhetorik zu beobachten. In Bayern wurde im Dezember 2024 die telemedizinische Beratung bei medikamentösem Schwangerschaftsabbruch verboten. Heißt die ärztliche Beratung per Videokonferenz durchzuführen, statt in eine Praxis fahren zu müssen, wurde nicht gestattet. Und das, obwohl in Bayern die Versorgungslage für ungewollt Schwangere besonders schlecht ist und die Suche nach Ärzt:innen, die einen Abbruch durchführen, oft zeitaufwendig ist und dann lange Fahrtwege erfordert. Gerade die unzureichende Versorgung im ländlichen Raum führt zu Hindernissen dabei, dass Frauen ihr bereits eingeschränktes Recht auf körperliche Selbstbestimmung überhaupt wahrnehmen können.

Und erst im August wurde vom Amtsgericht Lippstadt eine Klage von Prof. Dr. Joachim Volz abgewiesen. Dieser hatte gegen das christliche Klinikum Lippstadt, bei dem er selbst angestellt ist, geklagt, nachdem dieses im Februar, nachdem es von einem katholischen Träger übernommen wurde, das Verbot aussprach, Schwangerschaftsabbrüche durchzuführen. Das nun getroffene Urteil bedeutet, dass der Kirche das Recht zugesprochen wird, in den Krankenhäusern unter katholischer Trägerschaft Abtreibungen zu verbieten. Was dazu führt, dass ungewollt Schwangere abgewiesen werden müssen, auch wenn die Ärzt:innen ihnen helfen wollen.

Diese Entscheidungen sollten nicht isoliert voneinander betrachtet werden. Im Gesamtkontext zeigt sich, dass Angriffe gegen körperliche Selbstbestimmung nicht nur darin bestehen, immer direkt die Möglichkeit auf Abtreibungen anzugreifen, die es heute in Deutschland ja gibt, sondern sich auch darin äußert, dass diese Möglichkeit durch verschiedene kleine Maßnahmen schwieriger zugänglich gemacht wird.

Internationale Vernetzungen

Weltweit finden in verschiedenen Ländern Angriffe auf das Recht auf Selbstbestimmung statt, ob in Ungarn, Polen oder den USA.

Die Bewegung der Abtreibungsgegner:innen in Deutschland ist keine unorganisierte oder isolierte Bewegung, sondern organisiert mit tiefgehenden internationalen Vernetzungen innerhalb und außerhalb der Parlamente in unterschiedlichen Ländern. Diese werden von verschiedenen Geldgebern finanziert, haben Verbindungen zu Parteien und Unternehmen, und arbeiten gezielt darauf hin, die Politik in den Ländern so zu beeinflussen, dass das Selbstbestimmungsrecht von Frauen und auch von trans Personen immer weiter eingeschränkt wird. Die Bewegung in Deutschland ist eng mit der „Pro-Life-Bewegung“ aus den USA vernetzt und wird unter anderem finanziell durch diese unterstützt. Und in Polen war beispiels-

weise die der TFP nahestehende und international vernetzte Organisation „Ordo Iuris“ mit daran beteiligt, eines der europaweit restriktivsten Abtreibungsgesetze durchzusetzen.

Jeden Angriff zurückschlagen

In Deutschland ist es immer wieder die Taktik der Regierung, nicht plötzlich viele Angriffe auf einmal umzusetzen. Stattdessen nehmen sie bei verschiedenen Themen nach und nach immer mehr Veränderungen vor. Kleinere Einschränkungen der Rechte hier, dort die Diskussionen anklingen lassen, und so weiter. Aber insgesamt betrachtet reiht sich das alles ein in eine langfristige Reduzierung der Rechte auf körperliche Selbstbestimmung, weswegen auch diese kleinen Schritte und Schikanen nicht unbeantwortet bleiben dürfen. Auch wenn sie auf den ersten Blick vielleicht nicht danach aussehen, als würden sie eine wirkliche Gefahr für die Möglichkeit auf Abtreibung insgesamt darstellen.

Bei jeglicher Einschränkung des Rechtes auf Abtreibungen handelt es sich auch nicht allein um einen Angriff auf Schwangere, sondern auf alle Frauen und patriarchal unterdrückte Menschen. Denn was damit einhergeht sind allgemein mehr staatliche Repressionen und das erneute Erstarren patriarchaler Rollenbilder und faschistischer Ideologie.

Auch dieses Jahr werden wieder in mehreren Städten Menschen gegen den Marsch für das Leben auf die Straßen gehen und eine Woche später zum Safe Abortion Day, um deutlich zu machen, dass das Recht auf körperliche Selbstbestimmung verteidigt wird. Um organisierten internationalen Netzwerken und deren Propaganda etwas entgegenzusetzen wird es aber nicht ausreichen, nur an diesen Tagen auf die Straße zu gehen. Dafür erfordert es auch eigene langfristige Organisation.



Die Wehrpflicht kommt – unser Widerstand auch!

Nach dem Ende der parlamentarischen Sommerpause soll das neue Wehrdienstgesetz von der Bundesregierung beschlossen werden. Der neuen Wehrpflicht einen Strich durch die Rechnung machen kann nur unser Widerstand. – Ein Kommentar von Leon Hamacher.

Am 21. Juli 1956 trat die Wehrpflicht in der Bundesrepublik erstmals in Kraft. 1968 wurde das Ganze dann auch im Artikel 12a im Grundgesetz verankert. Demnach kann man ab dem vollendeten 18. Lebensjahr zum Dienst an der Waffe, oder, bei Verweigerung aus Gewissensgründen, zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Bis 2011 lief das ganze auch so ab: Entweder Wehrdienst bei der Bundeswehr oder Zivildienst in sozialen Einrichtungen. 2011 wurde die Pflicht dann ausgesetzt, solange es nicht zum Spannungs- oder Verteidigungsfall kommt.

Jetzt kommt vierzehn Jahre später die Rückkehr zum Pflichtdienst – warum dieses Hin- und Her?

War die Neuaufstellung der deutschen Armee vor allem mit dem Kalten Krieg und der Möglichkeit eines Krieges mit der Sowjetunion verbunden, änderten sich zur Jahrtausendwende analog zur Weltlage auch die Ansprüche an die Bundeswehr. Die Frage der direkten kriegerischen Auseinandersetzung mit einer weiteren Großmacht war vorübergehend vom Tisch. Die Aufrechterhaltung einer Massenarmee, während man vor allem weniger aber besser ausgebildete Soldaten für Kolonialeinsätze wie in Afghanistan brauchte, lohnte sich einfach nicht.

Mit der sogenannten „Zeitenwende“ sieht es nun wieder anders aus. Die Frage eines (Welt-)Krieges zwischen den Großmächten liegt seit 2022 offen auf dem Tisch und alle bereiten sich auf eine solche Auseinandersetzung vor. Will der deutsche Staat bei einem solchen Krieg ernsthaft mitmischen, braucht es auch wieder ordentlich Kanonenfutter – und trotz allem Getöse von nationalen Pflichten zwängen sich dafür zu wenig freiwillig in die Uniform.

Die Pläne der Regierung

Dementsprechend laufen auch seit Jahren die Vorbereitungen für die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Es ist eine beliebte Taktik der deut-

schen Regierung, die Bevölkerung durch ständige Vorstöße und Rückzieher für große Veränderungen weichzuklopfen. So wurde lange über ein „soziales Pflichtjahr“, das man ja auch bei der Bundeswehr machen könne geredet, dann über einen „freiwilligen Wehrdienst“ und ob man jetzt das schwedische oder sonst ein Modell kopieren solle oder nicht. Diese Verzögerungstaktik hat zur Folge, dass kaum einer wirklich realisiert, was jetzt tatsächlich konkret wird. Dazu gehört auch, dass obwohl laut aktuellen Umfragen nur eine Minderheit bereit wäre, an der Waffe für Deutschland zu kämpfen, in den Medien fast nur die Frage gestellt wird, wie, und nicht ob eine Wehrpflicht kommen soll – auch so wird die Realität verzerrt.

Jetzt ist es jedenfalls so weit: Nach Ende der Sommerpause des Bundestags soll der Gesetzesvorschlag zum „neuen Wehrdienst“ von Boris Pistorius diskutiert und alsbald verabschiedet werden.

Der Gesetzesentwurf sieht vor allem umfassende Musterungen vor. Alle 18-Jährigen sollen ab dem 01.01.26 einen Musterungsbrief erhalten, der für Männer verpflichtend auszufüllen ist. Später sollen auch Musterungen für Jahrgänge bis 1993 möglich werden. Ist mit der Pflicht zur Musterung noch keine Dienstpflicht gegeben, soll diese ebenfalls ab dem 01.01.26 jederzeit eingeführt werden können, wenn sich denn nicht „genug“ Freiwillige finden. Dieses genug ist dabei wohl nicht zufällig sehr schwammig – es liegt nahe, dass mit der Hoffnung auf Freiwilligkeit die Proteste gegen das Gesetz geschwächt werden. Dabei ist es in absehbarer Zeit schlicht und ergreifend nicht realistisch, dass die Aufstockungsziele der Bundeswehr durch Freiwillige erreicht werden. Damit ist das Ganze vielmehr eine Augenwischerei.

Neben der Androhung der Peitsche gibt es dann noch ein bisschen Zuckerbrot: Die Besoldung der Wehrpflichtleistenden soll an die der Zeitsoldaten angepasst und damit um 80

Prozent erhöht werden. In einer Zeit wachsender Arbeitslosigkeit und sinkender Reallöhne soll der Kriegsdienst fürs Vaterland Jugendlichen als vermeintlicher Ausweg aus der sozialen Misere dargestellt werden. Dabei sind es gerade die horrenden Summen für Kriegsgerät und Armee, die das Elend noch verschärfen. Die weltweite Verschuldung ist auf einem historischen Höchststand, wie zuletzt zur Zeit des Zweiten Weltkrieges, während Milliardenpaket nach Milliardenpaket in die Kriegstreiberei gesteckt werden. Am Ende ist der Raubkrieg der einzige Weg Kriegsgerät wirtschaftlich einzusetzen.

Widerstand formiert sich

Trotz der Hinhaltetaktik der Regierung und der medialen Verzerrung bleiben die Pläne von Pistorius und Co. nicht ohne Widerspruch. Schon kurz vor Ende der Sommerpause finden antimilitaristische Proteste statt, bei denen auch die Wehrpflicht eine Rolle spielt. Vom 25.-31. August fanden die Aktionstage von Rheinmetall Entwaffnen in Köln statt, bei denen sich viele verschiedene Gruppen nicht nur gegen die deutsche Waffenindustrie, sondern auch gegen das Projekt Kriegstüchtigkeit im Allgemeinen richteten.

Am 1. September ist außerdem der Antikriegstag. An diesem Datum, dem Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen, gehen schon seit vie-

len Jahren Kriegsgegner:innen auf die Straße. Mit dem weltweiten Wettrennen und Säbelrasseln steigt auch der Zulauf für diese Aktionen. In diesem Jahr richteten sich viele der geplanten Aktionen explizit gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht.

Auch das Bündnis „Nein zur Wehrpflicht“ macht dabei schon seit Monaten mobil gegen den Kriegsdienst. In einer ersten Veröffentlichung hieß es: „Die Wehrpflicht wird uns ein Jahr unseres Lebens nehmen, über das wir nicht länger selbst entscheiden dürfen. Wir sollen in Kasernen zu Drill und Gehorsam erzogen und „kriegstüchtig“ gemacht werden – in einer Institution, in der sich „Skandale“ wie Mobbing, sexualisierte Gewalt und faschistische Netzwerke häufen und viele psychische Probleme davontragen. Die Bundeswehr bietet keine Perspektive für Persönlichkeitsentwicklung. Wir wollen stattdessen lernen, kritisch zu denken und uns für den Frieden einsetzen! Wir wollen über unser Leben und unseren Körper selbst verfügen!“

Für den Tag, an dem das neue Wehrdienstgesetz im Bundestag beschlossen werden soll, wird zu Aktionen aufgerufen. An diesem „Tag X“ soll mit Demonstrationen, Schulstreiks, Uni-Aktionen und vielem mehr dagegen protestiert und Widerstand geleistet werden. „Die Regierung und der deutsche Staat sollen sehen: Wir haben keinen Bock auf Wehrpflicht und Krieg!“



Der Kampf gegen die Aufrüstung

Große Aktionen zum Antikriegstag, das jährliche Rheinmetall-Entwaffnen-Camp oder die Ostermärsche mobilisieren deutschlandweit immer noch Tausende. Doch der Kampf gegen Aufrüstung und Kriegstreiberei muss überall und jeden Tag gekämpft werden. - Ein Kommentar von Lukas Mainzer.

Der deutsche Staat rüstet in hohem Tempo auf. Im Frühjahr dieses Jahres wurde nach der Bundestagswahl mit einer Grundgesetzänderung grenzenlose staatliche Militärausgaben, vorbei an der Schuldenbremse, ermöglicht. Im Juni einigten sich die NATO-Staaten dann darauf, bis 2035 die Ausgaben in Aufrüstung und in militärische Infrastruktur auf 5 Prozent des BIP hochzufahren. Da sich der Anteil aktuell bei etwa 2 Prozent befindet, müssen sich die deutschen Ausgaben in die Bundeswehr also jedes Jahr weiter drastisch erhöhen.

Doch dagegen gibt es wachsenden Widerstand. In über 100 Städten fanden in diesem Jahr die traditionellen Ostermärsche der Friedensbewegung statt. Unter dem Motto „Kriege stoppen – Frieden und Abrüstung jetzt!“ nahmen mehr Menschen als im Vorjahr an den Demonstrationen und Kundgebungen rund um das Osterfest teil. Als eine der größten deutschlandweiten Initiativen gegen Aufrüstung rief auch dieses Jahr wieder das internationalistische und anti-kapitalistische Bündnis „Rheinmetall Entwaffnen“ zum Aktionscamp nach Köln ein. „Rheinmetall Entwaffnen“ entstand 2018 als Reaktion auf den Einsatz deutscher, von Rheinmetall mitproduzierter Leopard-2-Panzer an der türkischen Besatzung von Teilen Rojavas. Seitdem findet jährlich eine Aktionswoche mit Demonstrationen, Kundgebungen, Vorträgen, Workshops und anderen Aktionen an wechselnden Orten in Deutschland statt mit dem Ziel, der Rüstungsindustrie Sand ins Getriebe zu streuen.

Doch der Widerstand gegen Krieg und Aufrüstung muss über einmal pro Jahr stattfindende Aktionen wie „Rheinmetall Entwaffnen“, Ostermärsche oder Demonstrationen zum Antikriegstag hinaus gehen. Landesweit gibt es immer mehr lokale Unternehmen, die von der Kriegsvorbereitung profitieren oder von Werbeaktionen, die die Bevölkerung auf den Kriegskurs einstimmen sollen. Den Militarismus können wir also jeden Tag vor der eigenen Haustür bekämpfen. Und es gibt Beispiele, die uns zeigen, wie das in der Praxis aussehen kann.

Arbeit für den Krieg

„Deutsche Waffen, deutsches Geld, morden mit in aller Welt“ – Airbus, Rheinmetall, Thyssen-Krupp, KNDS, MBDA, Hensoldt, Diehl, Heckler&Koch, Renk, Dynitec und viele weitere Rüstungsproduzenten und -zulieferer beweisen diese altbekannte Parole immer wieder aufs Neue. Und auch der größte israelische private Waffenhersteller „Elbit Systems“, der unter anderem die EU mit Drohen beliefert, hat aktuell drei Standorte in Deutschland. Elbit ist mit seinen entwickelten Technologien direkt in die israelischen ethnischen Säuberungen und die Aufrechterhaltung des Apartheid-Systems in der palästinensischen West-Bank und in den Genozid in Gaza involviert. Am größten deutschen Produktionsstandort in Ulm wird auch Technik für die israelische Armee zur militärischen Kommunikation produziert. 20 Aktivist:innen blockierten etwa im August für mehrere Stunden die Zufahrt zum Gelände. Der Protest wird mit einem Aktionscamp in Ulm im September fortgesetzt. Die Kampagne „Shut Elbit down“ sorgte in Großbritannien bereits dafür, dass Elbit drei seiner Standorte wegen der immer wieder provozierten Produktionsausfälle schließen musste.

Der Hersteller „Renk“ produziert in Augsburg Getriebe, Motoren und andere Fahrzeugteile mit Fokus auf Kriegsfahr-

zeuge. Für die deutschen und europäischen Kriegsvorbereitungen ist Renk ein bedeutendes Unternehmen und konnte dank zahlreicher neuer Bestellungen seinen Auftragseingang im ersten Halbjahr 2025 um 50 Prozent steigern. Unter anderem ist Renk Weltmarktführer und zentraler Lieferant für Panzergetriebe. So fertigt Renk essenzielle Getriebeteile für den Leopard-2-Panzer oder

den israelischen Merkava-Panzer, die etwa beim Beschuss von Wohnhäusern in Gaza eingesetzt werden. Wie wichtig die Renk-Teile sind, kann kaum überschätzt werden: Hintergrundrecherchen der Zeit belegen, dass ein vorläufiger deutscher Exportstopp von unter anderem Panzergetrieben nach Israel Anfang 2024 die weiteren israelischen Offensiven in Gaza, aber auch im Libanon oder Syrien gefährdeten. Gerade deshalb lobbyierte der israelische Staat gegen den Exportstopp. Beim kürzlich verkündeten (Teil-)Exportstopp von Kriegsgeräten unter Kanzler Friedrich Merz im August 2025, drohte Renk bereits an, seine Produktion, falls die eigenen Profite durch den Exportstopp gestört werden sollte, in die USA zu verlegen.

Im August protestierten Aktivist:innen in den Niederlanden darüber hinaus auch gegen den Technologiekonzern Microsoft. Mehrere internationale Recherchen zeigten zuvor, dass das israelische Militär Millionen von Telefongesprächen palästinensischer Menschen in der West-Bank und im Gazastreifen überwacht und aufzeichnet. Die Recherchen fanden heraus, dass die verwendeten Microsoft-Server in den Niederlanden stehen. Gegen diese Kooperation erfolgte eine Protestaktion am Datenzentrum in Middenmeer. Aktivist:innen besetzten das Dach einer Halle und hielten eine Sitz-

blockade vor dem Eingangstor zum Gebäudekomplex ab. In den Monaten zuvor blockierten dieselben Gruppen bereits an mehreren Tagen Bahnstrecken zum Hafen von Rotterdam. Sie fordern unter anderem ein Stopp des Einlaufens von Schiffen mit Waffenlieferungen an Israel.

Häfen als Umschlagplätze für Waffenlieferungen

Als größter deutscher Hafen ist auch Hamburg ein Umschlagplatz von Waffenlieferungen in die ganze Welt. Die Initiative „Ziviler Hafen“ berichtet, dass täglich mehrere Tonnen Kriegsgerät verschifft werden und sich die jährlichen Lieferungen schon im Jahr 2020 bei mehr als 1000 Containern lagen. Mehr als 90 Unternehmen sind demnach am Hamburger Hafen an den Geschäften mit Waffenexporten beteiligt. Die „Volksinitiative gegen Rüstungsexporte“ sammelte 2023 Tausende Unterschriften gegen den Hafen als Umschlagplatz für Waffen und Rüstung. Doch das Bundesverfassungsgericht stoppte die Initiative noch während der Phase des Sammelns der Unterschriften.

International gibt es verschiedene erfolgreiche Beispiele von Protesten an Häfen gegen Waffenexporte. Im griechischen Piräus blockierten gewerkschaftlich organisierte Hafenaar-



ng beginnt vor unserer Haustür!

beiter:innen im Oktober 2024 Munitionslieferungen nach Israel. Im französischen Marseille verweigerten Hafendarbeiter:innen im Juni 2025 ein Kisten mit Waffen nach Israel zu verladen und im August 2025 blockierten Arbeiter:innen im italienischen Genua den Transit eines Schiffes das italienisches militärisches Equipment nach Israel bringen sollte. Sie stellten klar: „Wir arbeiten nicht für Krieg!“

Der aus Rafah in Gaza stammende Hamburger Hafendarbeiter Mo berichtete gegenüber Perspektive Online im Juli 2025 wie sich die deutschen DGB-Gewerkschaften ähnlichen Aktionen entgegenstellen. Im Gegensatz zu vielen Mitgliedern die gegen Krieg, Genozid und die deutsche Beteiligung daran sind, positionieren sich führende Kräfte des DGB weiterhin nicht solidarisch mit dem palästinensischen Volk. „Es wurde emotionale Solidarität geäußert – aber keine praktische“, erklärte Mo im Interview. Daher braucht es also eine Protestbewegung über die Gewerkschaften hinaus, um an deutschen Waffenumschlagplätzen aktiv zu werden.

Agentur für Arbeit kann zu Jobs verpflichten

Eine neue, zusätzliche Rolle im Kriegsfall, die auf lokaler Ebene spürbar

sein wird, bekommt die Agentur für Arbeit. Nach dem „Arbeitssicherstellungsgesetz“ (ASG) aus dem Jahr 1968 ist es die Aufgabe der Arbeitsagentur im „Spannungs- und Verteidigungsfall“ Menschen gezielt in Betrieben zur Arbeit verpflichten. Um das ASG zu aktivieren braucht es eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag. In „lebens- und verteidigungswichtigen Aufgaben“ wie Netztechnik, Bäckereien, Logistik, Lokführer, Pflegekräfte, Apotheker, Müllwerker oder Verwaltung sollen dann arbeitssuchende Menschen zwangsweise eingestellt werden oder Arbeiter:innen aus anderen Branchen zwangsweise verpflichtet werden. Außerdem können in den kriegsrelevanten Branchen arbeitende Menschen davon abgehalten werden zu kündigen. Menschen mit einem LKW-Führerschein die in anderen Bereichen arbeiten, könnten somit etwa in kriegsrelevante Logistik abkommandiert werden. Personen in der Krankenpflege könnten durch das ASG daran gehindert werden ihren Arbeitsvertrag zu kündigen. Das im Grundgesetz verankerte Recht auf freie Berufswahl wäre damit außer Kraft gesetzt. Eingesetzt wurde das Gesetz noch nie, aber erst unter Bundeskanzler Scholz wurde es Anfang 2025 überarbeitet. Die kritischen Bereiche, in die die Agentur für Arbeit Menschen zwangsversetzen darf, wurden dadurch konkretisiert.

In Vorbereitung auf die Anwendung dieses Gesetzes nehmen 75 Angestellte der Agentur für Arbeit im September an einer Militärübung der Bundeswehr in Hamburg teil. Unter dem Titel „Red

Storm Bravo“ proben 500 Kräfte des Militärs, zivile Einsatzkräfte und Angestellte den „Ernstfall“. Nach Angaben der Bundeswehr soll die Übung der Vernetzung dienen und den Mitarbeitenden der Agentur für Arbeit aufzeigen „wen man anrufen soll, wenn es düster wird“. Hauptziel der Übung ist es, in Hamburg als Drehschneise von Truppen, die Verlegung von NATO-Einsatzkräften in Richtung Osten zu proben. Dabei soll sogar eine Antikriegsdemonstration simuliert werden, auf die die teilnehmenden Kräfte dann reagieren sollen.

Kriegswerbung und Propaganda

Neben groß angelegten Bundeswehrübungen soll auch mit sogenannten „Zivilschutz-Übungen“ für den Kriegsfall deutschlandweit geprobt werden. Dabei sind besonders die Schulen im Fokus. Beim Zivilschutz wird schon in den jüngsten Jahrgängen „für den Ernstfall“ geprobt. Dazu könnten dann etwa das Verstecken unter den Schultischen im Falle einer Bombardierung oder die Verlegung des Unterrichts in einen Luftschutz-Keller gehören. Die damalige deutsche Innenministerin Nancy Faeser forderte noch im April dieses Jahres deutschlandweit Zivilschutz als Schulfach einzuführen. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe erarbeitet aktuell Material dafür. Zudem unterstützte das Ministerium eine Initiative der EU-Kommission für Notvorräte. Demnach sind alle Bürger:innen dazu aufgerufen, sich Notvorräte anzulegen, die mindestens 72 Stunden ausreichen und mit denen im Kriegsfall Krisensituationen überwunden werden können. Die Maßnahmen sind ein weiterer Schritt, die Akzeptanz und Normalisierung deutscher Kriegsteilnahme schon ab der Grundschule voranzutreiben.

Auch die direkte Werbung und Propaganda für die Bundeswehr wird weiter ausgebaut und ist daher im Alltag immer sichtbarer. 2025 fand erstmals der von

des Bundesregierung initiierte Veteranentag statt. Mit deutschlandweiten Aktionen sollten so Soldat:innen für ihre vergangenen Einsätze geehrt werden. Auch dagegen gab es mehrere Protestaktionen. Die Bundeswehr bewirbt klassisch an Werbetafeln an viel befahrenen Straßen, aber auch auf Tüten in Bäckereien oder Dönerimbissen. In München etwa wehrten sich drei Straßenbahnfahrer dagegen eine mit Camouflage-Muster beklebte Tram der Münchener Verkehrsbetriebe zu fahren. Die Bundeswehr verfügt über ein jährliches Werbebudget von 35 Millionen Euro. Um besonders junge Menschen für einen Dienst an der Waffe zu begeistern, gibt es Werbeclips auf Sozialen Medien und YouTube, Werbekooperationen mit Influencer:innen oder eine steigende Anzahl der Besuche von Jugendoffizieren an Schulen. Auch auf der weltweit größten Gaming-Messe „Gamescom“ etwa, ist die Bundeswehr seit Jahren Dauergast um für Nachwuchs zu werben.

Der Kriegstreiberei entgegenstellen

Die aufgezeigten Beispiele machen deutlich: die deutsche Aufrüstung ist nicht nur ein großes Projekt, das die Politik in Berlin und Brüssel entscheidet und deren Konsequenzen über uns hinweg stattfinden. Die Kriegsvorbereitung wird jeden Tag in unserem Alltag sichtbarer. Der Kampf gegen die Militarisierung kann dadurch nicht nur auf Camps oder an jährlichen Aktionstagen stattfinden. Denn jeden Tag wird vor unseren Haustüren, in unseren Nachbarschaften in unseren Städten und Dörfern weiter am Rad der Kriegstreiberei gedreht. Sei es in Form der Brötchentüte in Bundeswehrwerbung oder dem neuen Milliardenpaket der Bundesregierung, von der Rüstungskonzerne um die Ecke profitiert. Die Kriegsindustrie macht jedes Jahr mehr Umsatz und die schwächelnde restliche deutsche Industrie stellt mehr und mehr auf Kriegsproduktion um. In einem möglichen kommenden Krieg im Osten Europas soll Deutschland mit seinen Häfen, Autobahnen und Eisenbahnstrecken zentrales Drehschneise für den Truppenaufmarsch werden. Dafür wird heute schon fleißig geprobt und die Bevölkerung propagandistisch darauf vorbereitet. Stellen wir uns dem entgegen: International, deutschlandweit, in unseren Städten und Dörfern und ganz direkt vor unseren Haustüren!





Geschacher um die Ukraine

Erneut kommt Bewegung in die Verhandlungen über einen Waffenstillstand und ein Einfrieren des Konflikts in der Ukraine. Uneinig sind sich die Großmächte noch darüber, wie genau die Ukraine politisch, wirtschaftlich und territorial aufgeteilt werden soll. - Ein Kommentar von Paul Gerber.

Moskau, Berlin, Alaska, Washington. Im letzten Monat sind die Treffen zum Ukraine-Krieg schnell aufeinandergefolgt. In unterschiedlichen Konstellationen haben sich die russische Staatsführung sowie die Ukraine und ihre wichtigsten westlichen Verbündeten getroffen.

Einig sind sie sich dabei nach allen öffentlichen Erklärungen in ihrem Ziel: Den Krieg beenden, bei dem hunderttausende Soldaten ihr Leben verloren haben und wegen dem etwa 10 Millionen Menschen aus ihrer Heimat geflohen sind.

Doch das Schicksal dieser Menschen hat den kriegsführenden Parteien in diesem Krieg nie viel bedeutet. Es überrascht also nicht, dass sie auch in seiner Phase bei der Suche nach einem tragfähigen Kompromiss nicht im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen.

Ganz im Gegenteil: Dass nun seit einigen Monaten gerade von den NATO-Staaten gebetsmühlenartig die Phrase „Das Töten muss aufhören!“ in den Vordergrund gestellt wird, hat ganz offensichtlich vor allem den Grund, dass die westlichen Verbündeten nicht bereit sind, den Krieg weiterzuführen. Anders gesagt: Muss denn das Töten erst jetzt aufhören?

Verhandlungen über das Ende eines Stellvertreterkrieges

Dass die Ukraine den Krieg gegen Russland von Beginn an nie als eigenständige Kraft geführt hat, sondern darin zutiefst abhängig von den USA, Deutschland, Frankreich und England war, wird gerade jetzt in den Verhandlungen noch mal auf andere Weise deutlich, als während des Krieges.

Die Ukraine hätte ohne finanzielle und militärische Hilfe diesen Krieg niemals so lange führen können, aber sie kann ihn eben auch nicht ohne die westlichen Großmächte beenden.

Folgerichtig sind es auch diese Staaten, die sich bei den Verhandlungen mit Russland auf einen zeitweisen Kompromiss einigen müssen.

Vor allem glauben sie ganz offensichtlich nicht, dass in diesem Krieg noch viel zu gewinnen ist. Denn Russland hat seit Jahren auf eine funktionierende Kriegswirtschaft umgestellt, die Frontabschnitte im Osten der Ukraine sind von beiden Seiten stark befestigt, aber immer stärker kristallisiert sich eine Überlegenheit Russlands heraus.

Die ganze Ironie der aktuellen Verhandlungen liegt darin, dass alle Beteiligten öffentlich den Eindruck erwecken, als würden sie einen ganz prinzipiellen Standpunkt einnehmen, wahlweise für die „Sicherheitsinteressen Russlands“, für einen „raschen Frieden“ oder für die „Unversehrtheit des ukrainischen Territoriums“.

Dem Wesen der Sache nach sind sie sich aber im Prinzip bereits einig: Entsprechend der aktuellen Kräfteverhältnisse wird die Ukraine zwischen Russland und dem Westen aufgeteilt, konkret wird Russland einen Teil der von ihm besetzten Gebiete dauerhaft unter Kontrolle behalten. Gleichzeitig wird man sich gegenseitig versprechen, dass Russland den Rest der Ukraine danach nicht wieder angreift und die NATO-Staaten die Ukraine nicht militärisch nutzen, um sich auf einen Krieg gegen Russland vorzubereiten.

Ungefähr so soll der Kompromiss wohl aussehen, den die Großmächte aushandeln wollen. Halten wird er natürlich nur bis zur nächsten großen Eskalation zwischen ihnen.

Wer bekommt welchen Teil vom Kuchen?

Die Waffen in der Ukraine schweigen also nicht etwa deshalb immer noch nicht, weil Donald Trump die Ostukraine Russland überlassen will, während die Europäer mutig und prinzipi-

enfest für einen Erhalt der bisherigen ukrainischen Grenzen eintreten. Sie schweigen deshalb noch nicht, weil man sich beim Preis für den skizzierten Kompromiss noch nicht einig geworden ist. Das wird gleich an verschiedenen Punkten deutlich.

Erstens, schon Anfang August war offenbar durch ein Missverständnis eine Fehlinformation bei den europäischen Staatschefs angekommen: Putin habe vorgeschlagen, sich im Austausch für die vollständige Kontrolle über die beiden Regionen Donezk und Luhansk vollständig aus anderen teilweise von Russland besetzten Teilen der Ukraine zurückzuziehen. Medienberichten zufolge reagierten die Europäer hierauf zunächst extrem positiv überrascht. Erst als das Missverständnis aufgeklärt wurde, nahmen sie wieder eine skeptischere Haltung ein. Offensichtlich geht es ihnen um das Ausmaß der an Russland abzugebenden Gebiete, nicht darum, dass sie gar nicht zur Aufgabe von Gebieten bereit sind.

Zweitens, beim bilateralen russisch-amerikanischen Treffen in Alaska Mitte August brachte Putin nicht nur seinen Außenminister, sondern gleich noch eine stattliche Wirtschaftsdelegation mit, um eine vertiefte wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den USA und Russland in Aussicht zu stellen, unter anderem in der Arktis. Auch hier gerät die Ukraine zur Verhandlungsmasse für ganz andere wirtschaftliche Fragen.

Drittens kann man mit Sicherheit davon ausgehen, dass die genaue Verteilung der Kosten für einen möglichen Frieden zwischen den Kriegsparteien Gegenstand harter Verhandlungen war. Unter anderem die USA scheinen hier noch ein gutes Geschäft für die einheimische Rüstungsindustrie rausgeschlagen zu haben. Eine der angeblichen „Sicherheitsgarantien“ für die Ukraine besteht offenbar in US-Waffen im Wert von 100 Milliarden Dollar, die jedoch von den west-

europäischen Staaten finanziert werden sollen.

Für die Ukraine kommt jeder Kompromiss zu spät

Unabhängig von der genauen Ausgestaltung eines Deals zwischen den Großmächten, für die allermeisten der über 40 Millionen Ukrainer:innen kommt ein solcher Kompromiss zu spät. Nachdem die NATO mehr als drei Jahre mithilfe der Ukraine einen Stellvertreterkrieg gegen Russland geführt hat, ist das Land wirtschaftlich und sozial schwer gezeichnet.

Allein für den Wiederaufbau der Ukraine werden Kosten von etwa 500 Milliarden US-Dollar als notwendig eingeschätzt, laut UNHCR haben knapp sieben Millionen Ukrainer:innen das Land verlassen. Die Wochenhöchstleistungszeit wurde im Krieg auf 60 Stunden hoch gesetzt, Kündigungen erleichtert und das Streikrecht eingeschränkt.

Ob und wie schnell die ukrainische Arbeiter:innen hier auch nur den bereits sehr prekären Zustand vor der Eskalation des Ukraine-Krieges im Februar 2022 erreichen, ist äußerst fraglich.

Klar dürfte jedenfalls sein, dass die Ukraine nach Ende des Krieges sich in einer nur umso tieferen wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeit von den USA und den führenden Mächten der EU wiederfinden wird. Und für diesen Zustand wird die ukrainische Bevölkerung in allen erdenklichen Formen zahlen müssen, unter anderem als billige Arbeitskräfte für ausländische Unternehmen.

Welche Folgen die Verhandlungen für die Menschen in den betroffenen Gebieten, mit denen gerade geschachert wird, und in welchem Land sie in Zukunft leben werden, ist reine Verhandlungsmasse zwischen den beteiligten Kriegsmächten.

Hungersnot als Kriegswaffe: Gaza als Testfeld für neue Militärstrategien

Die Lage im Gazastreifen wird seit Monaten immer dramatischer: Millionen Menschen hungern, Kinder leiden unter akuter Mangelernährung, die israelische Blockade zerstört landwirtschaftliche Flächen und schränkt den Fischfang massiv ein, während kaum Hilfsgüter hineingelangen. Was oft als humanitäre Krise bezeichnet wird, ist nicht nur das: Gazas Hungersnot ist ein Ergebnis systematischer Kriegsführung, von der auch andere Imperialisten lernen wollen. – Ein Kommentar von Alexandra Baer.

Seit Mai 2025 verschärft sich die Nahrungskrise in Gaza dramatisch: 39 Prozent der Bevölkerung hungern tagelang, etwa ein Viertel der Bevölkerung leben unter Hungersnot-Bedingungen, die übrigen im Notfallmodus. Laut Zählungen des palästinensischen Gesundheitsministerium wurden mindestens 251 Todesfälle durch Hunger und Unterernährung gemeldet, darunter 108 Kinder (Stand: 17. August 2025). Im Juni 2025 wurden 6.500 Kinder wegen Mangelernährung behandelt – so viele wie noch nie seit Beginn des Konflikts. Im Juli kamen allein in zwei Wochen 5.000 Kinder hinzu.

Die dramatische Ernährungssituation wird zusätzlich durch den drastisch eingeschränkten Zugang zu landwirtschaftlichen Flächen verschärft: Nur 1,5 Prozent der Ackerflächen Gazas sind noch landwirtschaftlich nutzbar – 98,5 Prozent gelten als beschädigt oder unzugänglich. Auch der Fischfang – eine zentrale Nahrungsquelle – unterliegt seit Jahren massiven Einschränkungen durch Israel, teils durch Schusswaffeneinsatz gegen Fischerboote, Festnahmen und Beschlagnahmungen. Inzwischen hat das israelische Militär die gesamte Küste zur Sperrzone erklärt – selbst das bloße Annähern ans Wasser wird mit Waffengewalt unterbunden. Die israelische Regierung macht die Hamas für das Ausmaß des Hungers verantwortlich – angeblich wegen systematischen Diebstahls der Hilfsgüter. Doch selbst eine interne Analyse der US-Regierung fand dafür Ende Juli keinerlei Beweise.

Teilweise Versorgung, ganze Katastrophe

Offizielle Zahlen verdeutlichen das Ausmaß der Knappheit: Zwischen März und Juni wurden laut Angaben der israelischen Besatzungsbehörde COGAT (Coordinator of Government Activities in the Territories), die die logistische Koordinierung zwischen Israel und dem Gazastreifen organisiert, lediglich 56.000 Tonnen Lebens-

mittel in das Gebiet gelassen – weniger als ein Viertel des geschätzten Mindestbedarfs in diesem Zeitraum. Selbst bei gerechter Verteilung hätte das Nahrungsdefizit nicht ausgeglichen werden können – als würde man ein sinkendes Boot mit einem Teelöffel leeren, während ein Rettungsboot ungenutzt bleibt.

Es wird also klar: Israel stellt sicher, dass sich die Bevölkerung Gazas nicht selber ernähren kann, indem die natürlichen Nahrungsquellen für die Palästinenser:innen unerreichbar gemacht werden. Und Israel kontrolliert, dass gerade nur so viele Lebensmittel in den Gazastreifen gelangen, um eine ausbreitende Hungersnot zu verlangsamen – nicht um sie aufzuhalten oder zu lindern. Gleichzeitig müssen Palästinenser:innen an Verteilungsstellen von Hilfsgütern um ihr Leben fürchten: Allein am 1. Juni wurden 32 Menschen bei dem Versuch erschossen, an Lebensmittel zu gelangen – sie blieben nicht die Einzigen, die für eine Handvoll Mehl starben.

Diese Situation ist kein neues Phänomen, sondern langjähriger Teil der militärischen Strategie des israelischen Staates sowie auch anderer Kriegsparteien. Bereits 2018 waren über 80% der Bevölkerung im Gazastreifen – 1,6 von 2,1 Millionen Menschen – auf internationale Nahrungsmittelhilfe angewiesen. Fast 80 Prozent des Wassers in Gaza waren schon vor 2023 nicht trinkbar. Diese strukturelle Abhängigkeit resultierte unmittelbar aus der israelischen Land-, See- und Luftblockade von 2007, die eine Reaktion auf die militärische Übernahme des Gazastreifens durch die Hamas darstellte. Israel schränkte an den von ihm kontrollierten Grenzübergängen sowohl die Anzahl passierender Personen und Güter als auch deren Kategorien ein. Im Jahr 2006 sagte ein hochrangiger Berater des damaligen Premierminister Ehud Olmert dazu: „Die Idee ist, die Palästinenser auf Diät zu setzen, aber nicht, sie verhungern zu lassen.“



Ashraf Amra (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Displaced_Palestinians_receive_food_from_charitable_Tekiya_during_Ramadan_in_Deir_el-Balah,_Gaza_Strip.jpg), https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode

Systematischer Einsatz von Hunger – damals wie heute

Hunger ist also auch in diesem Genozid kein Kollateralschaden, sondern Teil der Strategie. „Israel hat die effizienteste Hungermaschine gebaut, die man sich vorstellen kann. Der Staat Israel selbst hat seit seiner Gründung Lebensmittel als Waffe eingesetzt. Er kann und wird seine Hungermaschine als Reaktion auf Druck lockern oder verschärfen“, so Michael Fakhri, UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung.

Ein historisches Beispiel für Hunger als Kriegswaffe imperialistischer Staaten bietet die Belagerung von Leningrad durch die deutsche Wehrmacht von 1941 bis 1944: Die Stadt wurde fast 900 Tage lang vollständig eingeschlossen, der Zugang zu Lebensmitteln und Gütern gezielt unterbunden. Nur eine Route über einen zugefrorenen See, die ständig unter Beschuss stand, ermöglichte minimalen Nachschub. Die Folge war massiver Hunger, der Menschen zu extremen Überlebensmaßnahmen zwang. Die Blockade verfolgte das Ziel, die Bevölkerung auszuhungern, um die Kontrolle über die Stadt zu

erzwingen – rund 1,1 Millionen Zivilist:innen starben.

Auch Saudi-Arabien nutzte im jahrelangen Krieg gegen den Jemen Hunger als Kriegsmittel. Fast 18 Millionen Menschen im Jemen haben bis heute keinen gesicherten Zugang zu Grundnahrungsmitteln. Fast die Hälfte aller Kinder unter fünf Jahren leiden an Unterernährung.

Während in Gaza Menschen verhungern und ganze Stadtteile dem Erdboden gleichgemacht werden, beobachten z. B. Militärjurist:innen in den USA genau, was dort geschieht – nicht etwa aus moralischer Besorgnis, sondern um daraus juristische Leitlinien für zukünftige Kriege abzuleiten, etwa gegen China. Sie analysieren sorgfältig, wie rechtliche Auslegungen in Gaza umgesetzt werden, um daraus juristische Rahmen für potenzielle Großkriege abzuleiten. Gaza wird so zum Labor und Experimentierfeld, in dem Kriegsführung gelehrt und optimiert wird – dass man dabei über Leichen geht, ist für die Imperialisten Teil des Geschäfts.

100 Jahre Quantenphysik: Umstrittene Grundlage der modernen Welt

Vor 100 Jahren entstand die Quantenphysik, die die Bewegung kleiner Objekte wie Lichtteilchen beschreibt. Sie bildet das Fundament der modernen Physik. Was sie genau über die Welt aussagt, ist noch immer umstritten. – Eine Einordnung von Thomas Stark.

Im Jahr 1908 formulierte der russische Revolutionär Wladimir I. Lenin eine Kritik am Einfluss des philosophischen Idealismus in der Physik und stellte fest: „Die moderne Physik liegt in Geburtswehen. Sie ist dabei, den dialektischen Materialismus zu gebären.“ Drei Jahre zuvor hatte der deutsche Physiker Albert Einstein die spezielle Relativitätstheorie begründet, die das Verständnis von Raum, Zeit und Bewegung revolutionierte.

Der Welle-Teilchen-Dualismus

Im selben Jahr legte Einstein mit seiner Erklärung des photoelektrischen Effektes auch eine Grundlage für die große physikalische Errungenschaft des 20. Jahrhunderts: Er erkannte, dass sich bei der Ausbreitung von Licht die Energie nicht gleichmäßig im Raum verteilt, sondern in kleinen Paketen, sogenannten Energiequanten, vorliegt. Dass Licht in Teilchenform auftreten kann, schien früheren Experimenten zu widersprechen, die eine Ausbreitung des Lichts als Welle nachgewiesen hatten.

Der „Welle-Teilchen-Dualismus“ bestimmte in den Jahren danach die physikalische Forschung. 1913 nahm Niels Bohr das Lichtquantum zur Grundlage für das nach ihm benannte Atommodell. 1924 entdeckte Louis de Broglie, dass sich nicht nur Lichtwellen wie Teilchen verhalten, sondern auch Materieteilchen wie z. B. Elek-

tronen Wellenverhalten aufweisen. Ein Jahr später formulierten Werner Heisenberg und Erwin Schrödinger die Quantenmechanik als mathematischen Formalismus.

Die Wellenfunktion

Das zentrale Element zur Beschreibung von kleinen Objekten wie Lichtteilchen ist in der Quantenmechanik die sogenannte Wellenfunktion. Aus dieser lässt sich die Wahrscheinlichkeit des Auftretens von Messgrößen wie Ort, Geschwindigkeit oder Energie eines Objekts berechnen. Anders als in der klassischen Physik lassen sich in der Quantenphysik damit keine genauen Aussagen über den Zustand eines Teilchens zum Zeitpunkt t treffen, sondern nur Wahrscheinlichkeitsaussagen. Mehr noch: Der Charakter der Wellenfunktion bringt

es mit sich, dass sich bestimmte Größenpaare wie Ort und Geschwindigkeit von Teilchen nicht gleichzeitig beliebig genau bestimmen lassen.

Mit der Begründung der Quantenphysik begann auch die Diskussion über ihre Interpretation. Einige Physiker:innen verfielen der Vorstellung, dass auf mikroskopischer Ebene allein der Zufall die Welt regiere – und dass nur dem Messergebnis, nicht dem Quantenobjekt selbst eine Realität zukäme.

Mit dieser „Kopenhagener Deutung“ von Bohr und Heisenberg landeten sie genau bei dem „physikalischen Idealismus“, den Lenin 1908 kritisiert hatte. Hierfür war auch ausschlaggebend, dass idealistische Philosophien in Europa im frühen 20. Jahrhundert Konjunktur hatten und die Wissenschaftler:innen beeinflussten.

Nicht alle Physiker:innen folgten dieser Interpretation. Einstein hielt die Quantenphysik zeitlebens für unvollständig. Schrödinger formulierte ein Gedankenexperiment, wie man eine Katze in einen quantenmechanischen Mischzustand aus Leben und Tod bringen könnte – und zwar, um die Absurdität einiger Folgerungen aus der Theorie anschaulich zu machen. In der Sowjetunion lieferten Physiker:innen wie z. B. Wladimir Fock Ansätze, um die Quantenphysik materialistisch einzuordnen.

Die Welt verstehen

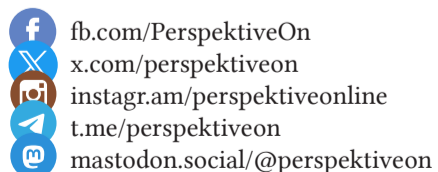
Ohne Quantenphysik ließen sich heute weder Handys bauen noch viele Naturerscheinungen wie z. B. die Existenz von Festkörpern erklären. Sie bildet die Grundlage der modernen Physik. Was sie im Kern über die Welt mikroskopischer Objekte aussagt, ist jedoch weiter umstritten – und in der Forschung eher ein Nischengebiet. Dort hat sich der pragmatische Ansatz „Shut up and calculate“ durchgesetzt. In der bürgerlichen Gesellschaft gibt es zwar ein Interesse an technologischen Neuerungen – kaum aber an einer Weiterentwicklung des Verständnisses über die objektive Realität, die Widersprüche von Erscheinungen oder das Verhältnis von Zufall und Notwendigkeit.



PERSPEKTIVE » ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: Mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

<https://perspektive-online.net>



V.i.S.d.P.:
Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Homarstraße 64
51107 Köln

PERSPEKTIVE » MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf dein Handy:

Kanalname bei **WhatsApp**:
Perspektive Online Newsletter

Unserem WhatsApp Kanal beitreten:
<https://whatsapp.com/channel/0029VaASVPM2P59uL22LIK2N>

Kanalname bei **Telegram**:
Perspektive Online

Unserem Telegram Kanal beitreten:
<https://t.me/perspektiveon>

PERSPEKTIVE » APP

Perspektive jederzeit griffbereit auf deinem Handy-Desktop und mit Pushnachrichten:

Einfach die **Perspektive-App** über den Playstore downloaden oder die APK direkt von unserer Homepage herunterladen und installieren:

<https://perspektive-online.net/app>



MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unser Projekt dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- **Abonniere** die Printausgabe von „Perspektive“:
<https://perspektive-online.net/printabo>
- **Werde Mitglied** im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“:
<https://perspektive-online.net/verein>
- **Unterstütze uns** mit einer Spende:
<https://perspektive-online.net/spenden>